



Seit 2004 finden regelmäßige großangelegte Übungen zum Katastrophenschutz statt, bei denen die Bundeswehr eng mit anderen staatlichen Organisationen kooperiert. Trainiert werden aber nicht nur Szenarien wie Überschwemmungen, Terroranschläge oder Giftkatastrophen (wie hier im Bild 2013 bei einer Lükex-Übung in Sachsen-Anhalt), sondern auch das Vorgehen gegen Aufständische

Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am 11. August seine neuen »Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Deutschland« vorstellte, kündigte er nicht nur einen drastischen Ausbau der hiesigen Repressionsorgane und etliche gegen Flüchtlinge und Migranten gerichtete Gesetzesverschärfungen an, sondern auch eine »gemeinsame Übung« von Polizei und Streitkräften zwecks Training der »Zusammenarbeit in terroristischen Großlagen«. Dies allerdings, so der Minister, sei nun wiederum nichts Neues, denn die »Fähigkeiten« der Armee würden bei den im Schnitt alle zwei Jahre abgehaltenen zivil-militärischen Manövern namens Lükex (Länderübergreifende Krisenmanagementübung/Exercise) »längst im Rahmen des geltenden Rechts auf allen Ebenen eingesetzt«. »Dabei wurden auch schon Terrorszenarien mit konventionellen, chemischen und biologischen Wirkmitteln oder im IT-Bereich geübt – allesamt unter Beteiligung der Bundeswehr.« Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) schlug Anfang September in die gleiche Kerbe und forderte, bei den für Februar kommenden Jahres avisierten Übungen von Polizei und Militär an die »bewährte Tradition« von Lükex anzuknüpfen: »Nur so können wir nachhaltig und wirksam für eine konzentriertere Zusammenarbeit mit der Bundeswehr auf Grundlage geltender Gesetze sorgen.«

Seit zwölf Jahren finden immer wieder solche Lükex-Übungen in verschiedenen Bundesländern statt; Planung und Organisation liegen in den Händen des in Bonn beheimateten Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das seinerseits dem Bundesinnenministerium unterstellt ist. Schon bei der ersten Lükex-Übung im November 2004 handelte es sich um ein zivil-militärisches Manöver der Superlative: Beteiligt waren laut BBK acht Bundesressorts, alle »Sicherheitsbehörden« des Bundes – also neben der Bundespolizei auch der Bundesnachrichtendienst (BND) und das Bundesamt für Verfassungsschutz – sowie die Bundeswehr. Hinzu kamen die »Krisenstäbe« der Landesregierungen von Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Schleswig-Holstein sowie elf Regierungspräsidien, 38 Stadt- und Landkreise nebst den Betreibern sogenannter kritischer Infrastruktur wie etwa

Selbstverständliches Miteinander

Die Kooperation zwischen Bundeswehr und zivilen Stellen zum Zweck der »gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge« ist nicht neu. Sie wird seit Jahren praktiziert. Ein Überblick. **Von Peer Heinelt**

Energieversorgungsunternehmen. Das in einem 3.000 Seiten starken »Drehbuch« niedergelegte Übungsszenario hatte es gleichfalls in sich: Trainiert wurde die Bewältigung einer »winterlichen Extremwetterlage mit rund zweiwöchigem Stromausfall« in großen Teilen Süddeutschlands, während sich in Berlin und Schleswig-Holstein »fiktive Terroranschläge« ereignen. Insgesamt waren rund 5.000 Personen involviert, von denen sich allein 1.000 mit der computergestützten »Übungssteuerung« befassten.

Katastrophenszenarien

Auch das schon im folgenden Jahr abgehaltene Lükex-Manöver stand ganz im Zeichen des über Deutschland hereinbrechenden Terrors. Um, wie das BBK mitteilt, »Erkenntnisse für die Sicherheitskonzepte der Fußball-Weltmeisterschaft 2006« zu gewinnen, wurden Anschläge auf öffentliche Verkehrseinrichtungen durchgespielt – kombiniert mit »witterungsbedingte(n) Katastrophen« und »technische(n) Havarien« in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen. Ermittelt werden sollte auf diese Weise, so das Bundesamt, »ob Großveranstaltungen trotz hoher Opferzahlen und einer andauernden Bedrohung fortgesetzt werden könnten«.

Doch damit nicht genug: Im Januar 2010 simulierten die Lükex-Macher auf dem Gelände des Kölner Flughafens einen Terroranschlag mit einer sogenannten schmutzigen Bombe, worunter gemeinhin ein konventioneller Sprengsatz verstanden wird, der bei seiner Explosion radioaktives Material in der Umgebung verstreut. Daneben beinhaltete das Übungsszenario Attacken mit Chemiewaffen in den nordrhein-westfälischen Gemeinden Dormagen, Gummersbach und Lemgo. Ziel der Angriffe war dort jeweils das bei Wettkämpfen lokaler Handballmannschaften anwesende Publikum; geprobt wurden sowohl die Dekontamination und Behandlung von Verletzten als auch die psychosoziale Betreuung von Anschlagsoffern und traumatisierten Helfern. Beteiligt waren einmal mehr Landes- und Bundespolizei, Bundeswehr, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk (THW), medizinische Rettungskräfte und Geheimdienste, wobei letztere gemeinsam mit dem polizeilichen Staatsschutz die »Fahndung nach möglichen Attentätern« übernahmen, wie der offiziöse *Behörden-Spiegel* berichtete.

2013 schließlich sah das Lükex-Drehbuch die »intentionale Einbringung eines Toxins in die Lebensmittelkette« vor, während parallel eine »ideologisch geprägte Tätergruppe« bei einer internationalen Ausstellung »hochtoxische Agenzien« freisetzt. Darauf basierend wurde »gesamtgesellschaftliche Betroffenheit« simuliert: Aufgrund

massenhafter Vergiftungen sehen sich Kliniken, Pflegedienste und niedergelassene Ärzte bereits nach kurzer Zeit mit drastischer »Ressourcenknappheit« konfrontiert; ihre »Laborkapazitäten« sind schlicht »überbeansprucht«. Gleichzeitig gestaltet sich der Zugriff auf das Personal der Repressionsbehörden immer schwieriger, da zahlreiche Angehörige von Polizei und Bundeswehr »nach Kantinenverpflegung« ebenfalls erkranken. Auch Nahrungsmittelindustrie und Handelskonzerne haben gravierende Probleme – zur »Behinderung der Lebensmittellogistik und des Warenverkehrs« kommen von »Drittstaaten« gegen Deutschland verhängte »Importverbote« sowie kriminelle »Trittbrettfahrer«, die die Gunst der Stunde nutzen und »Erpressungsversuche« unternehmen.

Das Szenario der für 2015 geplanten Lükex-Übung nahm sich dagegen vergleichsweise harmlos aus. Vorgesehen war dem BBK zufolge die Simulation einer »Sturmflut an der deutschen Nordseeküste«, die »die Katastrophenbewältigungspotentiale des Bundes und der Länder nachhaltig fördern und eine länderübergreifende Zusammenarbeit notwendig machen sollte«. Gemeinsam mit Rettungsdiensten, THW und Unternehmen der Verkehrs-, der Logistik- und der Energiebranche wollten Innen-, Verkehrs- und Verteidigungsministerium sowohl die »Warnung der Bevölkerung« proben als auch die »Evakuierung größerer Menschenmengen«, den

»Umgang mit der eingeschränkten Verfügbarkeit von Informations- und Kommunikationstechnologie« sowie die Bewältigung von Problemen bei der Energieversorgung. Ende August vergangenen Jahres wurde das zivil-militärische Manöver jedoch abgesagt, da sich die Beteiligten nach eigenem Bekunden aufgrund ihrer »zentralen Rolle« bei der »Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden« als überfordert erklärten. Gleichwohl habe man bereits in der »Vorbereitungsphase« von Lükex 2015 zahlreiche neue Konzepte zur »Verbesserung des Krisenmanagements« entwickelt, hieß es.

Lageangepasste Kommunikation

So bot etwa das für psychologische Kriegsführung zuständige »Zentrum Operative Kommunikation« der Bundeswehr (ZOPKomBw) laut einer Selbstdarstellung an, zivile Dienststellen zu befähigen, »Mittel der Information und Kommunikation passgenau in die Katastrophenbewältigung zu integrieren«. Mit Hilfe von »mobilen und autark einsetzbaren Lautsprechersystemen« etwa sei es der Truppe möglich, die »betroffene Bevölkerung« zu einem »lagegerechten Verhalten« zu bewegen, hieß es. Wie das im rheinland-pfälzischen Mayen beheimatete ZOPKomBw weiter ausführte, verfüge es zudem über die Fähigkeit, innerhalb kürzester Zeit »lageangepasste TV-, Druck-, Hörfunkbeiträge« herzustellen und auch die sogenannten neuen Medien wie Facebook oder YouTube mit entsprechenden »Produkte(n)« zu versorgen. Bei der Instruktion und Kontrolle der in einem beliebigen Krisengebiet lebenden Menschen wollen es die Psychokrieger nach eigenem Bekunden indes nicht bewenden lassen. Zur »Vervollständigung des Lagebildes« könne man »mobile Kamerateams« selbst in »akut gefährdete Bereiche« schicken, ließen sie

Stützpunkte, die an reguläre Kampfverbände angegliedert sind – auf fünf davon findet sich schweres Pioniergerät wie etwa Räumpanzer, neun verfügen über eine spezielle katastrophenmedizinische Ausstattung, und weitere zwei sind auf die Abwehr von Angriffen mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen (ABC-Waffen) ausgerichtet. Hinzu kommen 30 ebenfalls aus Reservisten bestehende »Regionale Sicherungs- und Unterstützungskompanien« (RSU). Ihr Aufgabenspektrum reicht laut Bundesverteidigungsministerium von der »Überwachung und Gewährleistung der Sicherheit des deutschen Luft- und Seeraums« über die »Absicherung militärischer Anlagen« im Inland bis zur »Amtshilfe« für andere Repressionsdienste – etwa zum »Schutz kritischer Infrastruktur« oder bei »innerem Notstand«.

Steuerung per Mausclick

Selbstverständlich müssen die deutschen Streitkräfte den »Heimatschutz« und die Kooperation mit zivilen Behörden trainieren, was neuerdings nicht mehr nur im Rahmen von Lükex, sondern auch in Eigenregie geschieht. Anfang November 2014 fand im »Gefechtssimulationszentrum« des Heeres im bayerischen Wildflecken erstmals das Manöver »Standhafter Bär« statt, bei dem der Umgang mit einer fiktiven Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz, Bayern und Hessen durchgespielt wurde. Erklärtes Ziel der dreitägigen computergestützten »Stabsrahmenübung«, an der sich insgesamt rund 300 Soldaten und zivile Bundeswehr-Mitarbeiter beteiligten, war es, »die Handlungssicherheit in den Verfahren der zivil-militärischen Zusammenarbeit zu vertiefen und das Zusammenspiel an den Schnittstellen zwischen zivilen Behörden und militärischen Kommandos weiter zu verbessern«.

ver als Gast beiwohnte; seiner Auffassung nach ist die Bundeswehr für die zivile Seite stets ein »zuverlässiger Partner«.

Auch der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) ließ es sich nicht nehmen, die Übung zu besuchen und dabei seine Verbundenheit mit dem Militär durch das demonstrative Tragen einer Flecktarnuniform zum Ausdruck zu bringen. »Ich bin sehr dankbar, dass die Bundeswehr sich regelmäßig auf solche Einsätze vorbereitet, weil wir sie im Ernstfall mit ihren Kräften und Fähigkeiten dringend brauchen«, erklärte Herrmann, der den Rang eines Oberleutnants der Reserve bekleidet und dem Landeskommando Bayern als »Verbindungsoffizier« für »zivil-militärische Zusammenarbeit« zugeordnet ist. Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, dass sich der Politiker zur Zeit bei jeder Gelegenheit für den Einsatz der Truppe im Inland ausspricht – ganz gleich, ob es sich um die Bewältigung von Naturkatastrophen oder um die »Abwehr« von »Terroristen« respektive widerständigen Bevölkerungsteilen handelt. Entsprechend hatten die an »Standhafter Bär« beteiligten Soldaten laut Darstellung der deutschen Streitkräfte nicht nur die Bewältigung eines fiktiven Hochwassers, sondern auch die militärische Absicherung des im folgenden Jahr auf Schloss Elmau stattfindenden G-7-Gipfels »im Visier«.

Aufstandsbekämpfung

Dabei behilflich waren ihnen ihre Kameraden des in Nienburg an der Weser beheimateten »Zentrums Zivil-Militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr« (ZentrZMZBw), die einem Bericht der Truppe zufolge zwecks späterer Auswertung »jede Aktivität der Übung« dokumentierten. Das Zentrum wurde Ende 2013 offiziell in Dienst gestellt, um das zivil-militärische Vorgehen der deutschen Streitkräfte orientiert an NATO-Standards zu perfektionieren; seine Angehörigen beteiligten sich an nahezu allen Kriegsoperationen der Bundeswehr. Daneben berät die Einrichtung laut einer Selbstdarstellung bundesweit die »Landeskommandos« bei der »Koordination« ihrer »Unterstützungsleistungen« für zivile Behörden.

Schwerpunkt der Tätigkeit des ZentrZMZBw ist die Organisation des Manövers »Joint Cooperation« (»Gemeinsame Zusammenarbeit«), das seit 2014 regelmäßig im niedersächsischen Landkreis Nienburg stattfindet. Geprobt wird dabei insbesondere die Integration von Hilfsorganisationen in die militärische Operationsführung im Rahmen von Interventionskriegen. So wurde bereits bei der ersten Übung die Unterstützung der notleidenden Bevölkerung in dem fiktiven Staat »Tytan« am Horn von Afrika gezielt mit der Bekämpfung einer dort aktiven Aufstandsbewegung verbunden. Während die Kräfte für »zivil-militärische Zusammenarbeit« laut Drehbuch gehalten waren, in dem von einer Hochwasserkatastrophe gebeutelten Land gemeinsam mit der lokalen Polizei, dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und dem THW wieder »normale Lebensbedingungen« herzustellen, gingen andere Einheiten der Interventionstruppe gegen die Guerilla vor. Erklärtes Ziel war es dabei, den in »Tytan« lebenden Menschen deutlich zu machen, dass die westlichen Militärs sie »beschützen« und sich eine etwaige Unterstützung der Aufständischen »nicht auszahlt«.

Nach Auffassung der Bundeswehr lässt sich das »Joint Cooperation 2014« zugrunde liegende Szenario offenbar problemlos auf das Inland übertragen. So bescheinigte der bis Anfang dieses Jahres amtierende stellvertretende Befehlshaber des »Kommandos Territoriale Aufgaben«, Brigadegeneral Gerd Josef Kropf, dem »Zentrum Zivil-Militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr« im Anschluss an das Manöver, es habe eine »zukunftsweisende Übung angelegt und durchgeführt«. Das Kommando Streitkräftebasis wiederum erachtet die im Rahmen von »Joint Cooperation« vorgenommene »Einbindung ziviler Organisationen« wie des THW, des DRK und der Polizei nach eigenem Bekunden als »für den gegenseitigen Lerneffekt zielführend«.

Analog zu »Joint Cooperation« verknüpfen auch die eigens für den militärischen »Heimatschutz« aufgestellten »Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte« (RSU) der Bundeswehr bei ihrem Training Krisen- und Katastrophenszenarien mit der Bekämpfung widerständiger Bevölkerungsteile. Erst Ende letzten Jahres absolvierte die RSU-Kompanie Berlin eine »Abschlussübung« im Bereich »Bewachung und Sicherung«, die in dieser Hinsicht

an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Ausgehend von einem fiktiven Stromausfall, der über Tage hinweg das öffentliche Leben in der deutschen Hauptstadt beeinträchtigt, sah das Drehbuch die Eskalation sozialer »Spannungen« vor. Seien die Soldaten anfangs noch mit regulärem »Streifen dienst« und routinemäßigen »Personen- und Fahrzeugkontrolle(n)« befasst gewesen, hätten sie sich plötzlich mit »verschärften« Herausforderungen auseinandersetzen müssen, hieß es: »Zivilisten« provozierten am Tor des zu bewachenden militärischen Sicherheitsbereiches, forderten Einlass, zerstörten Teile des Sicherungszaunes, drangen ein, legten Sprengstofftrappen, die das Sicherheitsrisiko erneut erhöhten.« Es ist beinahe müßig zu erwähnen, dass die RSU-Soldaten die ihnen gestellten Aufgaben, zu denen erklärtermaßen auch das »Festsetzen und Durchsuchen eingedrungener Personen« gehörte, mit Bravour meisterten – schließlich hatten sie dem Kommando Streitkräftebasis zufolge in den zwei Jahren zuvor intensive »Wach- und Gefechtsausbildungen« durchlaufen.

Formierung der Gesellschaft

Fassen wir zusammen: Die unlängst von der Bundesregierung außerordentlich öffentlichkeitswirksam angekündigten Antiterrorübungen von Polizei und Streitkräften sind nichts Neues; sie haben hierzulande vielmehr bereits »Tradition«, wie der niedersächsische Innenminister Pistorius zutreffend formulierte. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe veranstaltet seit etlichen Jahren unter der Bezeichnung Lükex zivil-militärische Großmanöver; bei der Bundeswehr tragen ebendiese solch illustre Namen wie »Standhafter Bär« oder »Joint Cooperation«. Beteiligt sind regelmäßig Polizeidienststellen des Bundes und der Länder, das vorzüglich aus Reservisten bestehende »Territoriale Netzwerk« der deutschen Armee, Rettungskräfte sowie – zumindest bei Lükex – auch die Geheimdienste. Grundlage der Übungen bilden Szenarien, bei denen Naturkatastrophen und Unfälle gezielt mit Angriffen feindlicher Kombattanten im Inland oder Widerstandshandlungen oppositioneller Gruppen verknüpft werden. Auf dem Trainingsprogramm steht denn auch nicht nur die Versorgung einer großen Zahl von Verletzten und Traumatisierten, sondern ebenso die Repression gegen vermeintliche Täter und die Lenkung der Bevölkerung mittels »operativer Kommunikation«. Letzteres ist ebenso ein Spezialgebiet der Bundeswehr wie der Einsatz militärischer Waffen (»schweres Gerät«/»ABC-Abwehr«).

Zweck der besagten massenmedial vermittelten Ankündigung gemeinsamer Manöver von Polizei und Armee dürfte somit zuvorderst die propagandistische Einstimmung der Deutschen auf einen forcierten Kampf gegen den sogenannten Feind im Innern sein. Erklärtes Ziel der herrschenden Klasse ist die Formierung der Gesellschaft im Sinne einer umfassenden »Resilienz« (Widerstandsfähigkeit) gegen jedwede Störung des imperialistischen Normalbetriebs. So heißt es etwa im unlängst von der Bundesregierung verabschiedeten »Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr«: »Für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge ist die Stärkung von Resilienz und Robustheit unseres Landes gegenüber aktuellen und zukünftigen Gefährdungen von besonderer Bedeutung. Dabei gilt es, die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organen, Bürgerinnen und Bürgern sowie privaten Betreibern kritischer Infrastruktur, aber auch den Medien und Netzbetreibern zu intensivieren. Das Miteinander aller in der gemeinsamen Sicherheitsvorsorge muss selbstverständlich sein.« Über die diesem Konzept zugrunde liegenden Motive wusste das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bereits 2010 in seiner »Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland« folgendes zu berichten: Man müsse dem »sich in den vergangenen Jahren deutlich steigernde(n) außen- und sicherheitspolitische(n) Engagement Deutschlands« auch im Innern Rechnung tragen, war hier zu lesen.

■ Peer Heinelt schrieb an dieser Stelle zuletzt am 24.5.2016 über den Umbau der Bundeswehr zur Cyberarmee.

■ Lesen Sie morgen auf den/iW-Themaseiten:

Freudomarxismus – Freud und das Politische

Von Moshe Zuckermann



Im Falle eines »inneren Notstands« soll die Bundeswehr zur Stelle sein und »helfen«, gemeinsame Übung mit dem Deutschen Roten Kreuz 2013 in Niedersachsen

verlauten: »Die Videotrups können zu Lande, zu Wasser und in der Luft eingesetzt werden. Die Kräfte sind in der Lage, das Filmmaterial vor Ort zu bearbeiten und dem Krisenstab auftragsabhängig schnell und gezielt zur Verfügung zu stellen.«

Um jederzeit im Sinne eines umfassenden »Heimatschutzes« agieren zu können, hat die Bundeswehr in den letzten Jahren systematisch ein sogenanntes territoriales Netzwerk aufgebaut. An dessen Spitze steht das in Berlin stationierte »Kommando Territoriale Aufgaben«, das seinerseits dem Inspekteur der für die logistisch-nachrichtendienstliche Unterstützung und materielle Ausstattung der Truppe verantwortlichen Streitkräftebasis unterstellt ist. Das »Kommando Territoriale Aufgaben« verfügt über sechzehn »Landeskommandos«, die jeweils am Sitz der Landesregierung angesiedelt sind und wiederum insgesamt 457 »Verbindungskommandos« befehligen. Letztere wurden flächendeckend auf der Ebene der Regierungsbezirke respektive vergleichbarer Verwaltungseinheiten sowie auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte installiert. Die »Bezirks- und Kreisverbindungskommandos« setzen sich aus jeweils zehn bis zwölf ortsansässigen Reservisten zusammen, die im Bedarfsfall sofort mobilisiert werden können und dann für die »Zivil-Militärische Zusammenarbeit« (ZMZ) zur Verfügung stehen. Gleichzeitig unterhält die Truppe bundesweit sogenannte ZMZ-

Im einzelnen sah das Drehbuch laut Bundeswehr folgendes vor: Nachdem der Befehlshaber des »Kommandos Territoriale Aufgaben« den »militärischen Katastrophenalarm« ausgelöst hat, aktiviert er das gesamte »territoriale Netzwerk« der Truppe – von den »Landeskommandos« über die »Bezirks- und Kreisverbindungskommandos« bis zu den »Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften«. Damit stehen ihm insgesamt 7.500 Soldaten zur Verfügung, darunter Pioniere samt »schwere(m) Gerät«, Feldjäger, Sanitäter sowie Spezialisten für »operative Kommunikation« und die Abwehr von ABC-Angriffen. Hinzu kommen Fahrzeuge und Hubschrauber für Personen- und Materialtransporte oder Evakuierungen sowie Flugzeuge für die »Luftaufklärung«. Sie alle können »per Mausclick« in Marsch gesetzt werden – wann immer die »zivilen Kräfte« der Situation vor Ort nicht mehr Herr werden.

Folgt man den Selbstdarstellungen der deutschen Streitkräfte, war »Standhafter Bär« ein voller Erfolg. So erklärte etwa der seinerzeitige Befehlshaber des »Kommandos Territoriale Aufgaben«, Generalmajor Hans-Werner Wiermann, seine Untergebenen hätten ein »ausgezeichnetes Niveau« bei der Bewältigung der ihnen gestellten Aufgaben erreicht. Ganz ähnlich äußerte sich der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Christoph Unger, der dem Manöver

INGO WAGNER/DPA-BILDLINK